

Friedenspolitische Gewerkschaftsbeschlüsse

Herausgegeben von Anne Rieger, Mark Ellmann, Jan von Hagen,
Christa Hourani, Monika Koops, Barbara Majd Amin, Rainer Perschewski,
Tom Talsky, Jonas Schwabedissen und Ulrike Eifler



Juli 2025

Impressum

Erscheinungsdatum: 10. Juli 2025

Herausgeberkreis: A. Rieger (Graz), M. Ellmann (München), J. v. Hagen (Essen), Ch. Hourani (Stuttgart), M. Koops (Hamburg), B. Majd Amin (Berlin), R. Perschewski (Berlin), T. Talsky (München), J. Schwabedissen (Essen) und U. Eifler (Würzburg).

Redaktion: Friedenskommission und Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik beim Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei **DKP**

Kontakt: frieden@dkp.de und betrieb.gewerkschaft@dkp.de

V.i.S.d.P.: Wera Richter, DKP-Parteivorstand,
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen.

Druck: Druckwerk Druckerei GmbH in München, www.druckwerk-muenchen.de

Nachdruck erwünscht!

Aktuelle gewerkschaftliche Beschlüsse gegen Wehrpflicht, Aufrüstung und Unterstützung des Krieges in Gaza und gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland sowie grundsätzliche friedenspolitische Beschlüsse aus den DGB-Gewerkschaften (Stand: 9. Juli 2025)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeberinnen und Herausgeber.....	5
Gegen die Wiedereinführung einer Wehrpflicht	5
GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: GEW Berlin – konsequent antimilitaristisch	5
DGB Köln am 7. Juli 2025: Für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend	6
DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Weniger Waffen, mehr Frieden.....	6
DGB-Jugend Bayern am 22. Mai 2025: Wir lehnen die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste entschieden ab!	7
EVG-Jugend Baden-Württemberg am 9. Mai 2025: Ausbildung statt Aufrüstung!	7
GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Keine Einführung eines neuen Wehrdienstes!	8
Nein zu Aufrüstung und „Sondervermögen“!.....	8
GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: Kein Freifahrtschein für die Aufrüstung – Stattdessen Investitionen in die Bildung	8
DGB Köln am 7. Juli 2025: Für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend	9
Bez.-Frauenkonferenz DGB Baden-Württemberg 28. Juni 2025: Für sozial-ökologisches Milliardeninvestitionsprogramm statt Hochrüstung und Kriegswirtschaft	10
Bezirksfrauenkonferenz DGB Baden-Württemberg am 28. Juni 2025: Verteidigungsausgaben nicht erhöhen.....	10
Auszüge aus der Pressemitteilung des ver.di-Bundesvorstands vom 25. Juni 2025: ver.di kritisiert NATO-Entscheidung zu Verteidigungsausgaben: Verknüpfung mit fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht akzeptabel.....	10
DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Keine Aufrüstung.....	11
GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit	11
GEW Bayern 20.-22. April 2023: „Für Frieden, Abrüstung u. Völkerverständigung“	12
Auszüge aus der Erklärung der Jugend-VL Volkswagen Werk Kassel vom 19. Juli 2022: „Gegen den Krieg und Aufrüstung – 100 Milliarden für unsere Interessen!“	12
DGB-Bundeskongress 2022: Zeit für einen demokratischen und wirtschaftlichen Aufbruch: Gewerkschaften gestalten Zukunft (Auszug)	14
IGM-Gewerkschaftstag 2019: #No2Percent – Frieden geht anders – klare Positionierung gegen die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2 % des BIP.....	14
Schluss mit dem Krieg in Palästina!.....	14
GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: GEW Berlin – konsequent antimilitaristisch	14
DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Frieden im Nahen Osten	15

DGB-Bundesvorstand am 1. Juli 2025: Die Gewalt in Gaza beenden – jetzt! (Auszüge aus der Resolution)	15
DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Für Frieden im Nahen Osten	16
GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Unterstützung der Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“	16
Auszüge aus der Erklärung des GEW-Hauptvorstand am 17. Juli 2024: GEW unterstützt Forderung nach Waffenstillstand	17
Resolution des Fachbereichs C des ver.di-OV Nürnberg am 27. November 2023: Solidarität mit den Beschäftigten im Gesundheitsbereich in Gaza	18
Gegen die Stationierung von US-Raketen in Deutschland.....	19
Verschiedene Unterstützungsbeschlüsse für „Berliner Appell“	19
Bezirksfrauenkonferenz DGB Baden-Württemberg am 28. Juni 2025: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland	19
GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen und Hyperschallwaffen in Deutschland	20
GEW Berlin am 7.11.2024: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland	20
Beschluss des 19. Gewerkschaftstag der IG Metall 2019: Keine Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden	21
Grundsätzliche friedenspolitische Beschlüsse	21
GEW Hamburg am 7. Mai 2025: GEW - konsequent antimilitaristisch	21
ver.di-Bundeskongress 17.-22.09.2023: Auszüge aus dem Beschluss „Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“	22
ver.di-Bundeskongress 17.-22.09.2023: Kriegsmonumente in NachDenkMale oder Friedensdenkmale wandeln“	23
IGM-Gewerkschaftstag 2019: Für eine verantwortungsvolle Friedenspolitik	24
IGM-Gewerkschaftstag 2019: Gegen Waffenexporte in Krisenregionen	24
IGM-Gewerkschaftstag 2019: Keine Ausrüstung der Bundeswehr mit Drohnen, die bewaffnet werden können.....	25
ver.di-Bundeskongress 2015: Beendigung der Zusammenarbeit des DGB mit dem Bundesverteidigungsministerium und der Bundeswehr	25
ver.di-Bundeskongress 2015: Aufklärung des Todes von mindestens 48 Menschen durch ein Attentat auf das Gewerkschaftshaus in Odessa am 2. Mai 2014.....	26
ver.di-Bundeskongress 2015: Für ein friedliches Zusammenleben der Völker und ein klares NEIN zu Gewalt als Mittel der Politik	26
Aus Programmen und Satzungen.....	26
„Menschenrechte, Frieden und Abrüstung“ im DGB-Grundsatzprogramm (1996).....	26
Aus der Satzung des DGB (§ 2 Abs. 2 Ziele)	27
Aus der Satzung der IGM (§ 2 Aufgaben und Ziele).....	27
Aus der Satzung von ver.di (§5 Zweck, Aufgaben und Ziele)	28

Vorwort der Herausgeberinnen und Herausgeber

Spätestens seit der vom SPD-Kanzler Scholz ausgerufenen sogenannten „Zeitenwende“ wird der Druck auf Friedenspositionen spürbar.

Vereinzelte relativieren Kolleginnen und Kollegen den Antimilitarismus der Einheitsgewerkschaften, oft weil die Bedrohungslüge, Russland wolle bald die NATO angreifen, Angst schürt.

Diese Sammlung gewerkschaftlicher Friedensbeschlüsse soll unterstützen beim Verteidigen der friedenspolitischen Programmatik und Beschlusslage unserer Gewerkschaften.

Wir haben zu aktuellen Themen wie Wehrpflicht, Hochrüstung und der Unterstützung der genozidalen Kriegsführung gegen Palästina durch die Bundesregierung, wie auch zur geplanten Stationierung von US-Angriffsraketen auf deutschem Boden gewerkschaftliche Beschlüsse und Grundsatzbeschlüsse zu den Themen Antimilitarismus und Frieden gesammelt.

Dieses Heft aktualisiert die 2023 von der DKP-Friedenskommission herausgegebene „Zusammenstellung einiger friedenspolitischer Beschlüsse des DGB und einiger Einzelgewerkschaften“ vom August 2023.

Die Sammlung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit und muss hoffentlich bald aktualisiert werden. Wir sind für Ergänzungen und Korrekturen dankbar. Dir fehlt ein Beschluss in diesem Heft? Dann sende uns gerne einen Hinweis an frieden@dkp.de

Nicht alle Beschlusstexte oder Vorstandserklärungen sind vollständig abgedruckt. Sofern nur Auszüge zitiert werden, ist die Quelle zum Lesen im Internet angegeben.

Die Herausgeber, 10. Juli 2025

Hinweis: Wir wollen auf die Dokumentensammlungen von Bernhard Pfitzner aus Hannover hinweisen! Er hat mehrere PDFs mit Dokumenten und Beschlüssen zu Krieg, Frieden und Abrüstung von DGB, IG Metall, ver.di und internationaler Gewerkschaftsbünde erstellt. Kontakt: bernhard.pfitzner@web.de

Gegen die Wiedereinführung einer Wehrpflicht

GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: GEW Berlin – konsequent antimilitaristisch

„Die GEW Berlin setzt sich gegen die Militarisierung von Bildung und Gesellschaft ein. Sie lehnt jede Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und Wehrrfassung grundsätzlich ab und ebenso jegliche verpflichtende Ersatzdienste.

Die GEW Berlin beteiligt sich in diesem Sinne an Aktionen und Aktivitäten gegen die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und sucht die Mitarbeit in Bündnissen gegen die Wehrpflicht.

Die GEW Berlin wird zudem das Bündnis „unter 18 nie“ gegen die Rekrutierung Minderjähriger weiterhin unterstützen.

Die GEW Berlin bestärkt ihre bisherige Beschlusslage und positioniert sich weiterhin strikt gegen die Präsenz von Bundeswehr und Militär an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Sie lehnt jede Art von Kooperationsvereinbarung zwischen Bildungsverwaltung und Bundeswehr ab.

Die GEW Berlin engagiert sich für ein Bildungswesen, das sich der Erziehung zum Frieden verpflichtet. Gerade heute, wo Kriegstüchtigkeit als Ziel der Politik propagiert wird, bekräftigt die GEW Berlin den Bezug auf den Auftrag zur Friedenserziehung, den der § 1 des Berliner Schulgesetzes formuliert, und den Auftrag zur Erhaltung und Wahrung des Friedens, den das Grundgesetz in seiner Präambel und in 18 den Artikeln 24, 25 und 26 formuliert.“

Quelle: Beschluss der Landesdelegiertenversammlung der GEW Berlin am 8./9. Juli 2025

DGB Köln am 7. Juli 2025: Für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend

Der von der IG Metall Köln-Leverkusen eingebrachte Initiativantrag wurde am 7. Juli 2025 von der Delegiertenversammlung des DGB-Stadtverbands Köln angenommen. In Punkt fünf heißt es:

„Der DGB-Stadtverband Köln setzt sich nachdrücklich für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend unseres Landes darüber ein, ob sie einen Wehrdienst bei der Bundeswehr ableisten möchten.“

Quelle: GEW-Peacenet

DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Weniger Waffen, mehr Frieden

95 % votierten gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Im Beschlusstext heißt es, „dass sich die DGB Jugend Hessen-Thüringen entschieden gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht ausspricht. Statt junge Menschen zwangsweise zum Militärdienst oder zu alternativen Pflichtdiensten zu verpflichten, sollte der Staat in freiwillige und qualifizierte Berufslaufbahnen im zivilen Bereich investieren.

Die Gewerkschaftsjugend setzt sich daher für folgende Maßnahmen auf allen Ebenen des DGB ein:

- Eine klare politische Positionierung gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht.
- Eine politische Initiative zur Verhinderung einer Wehrpflicht-Wiedereinführung, insbesondere durch gewerkschaftliche Kampagnen und öffentliche Aufklärung.
- Eine stärkere Unterstützung junger Menschen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt, anstatt sie durch einen Pflichtdienst daran zu hindern.“

Bericht: <https://yenihayat.de/jugend-gegen-aufruestung-wehrpflicht-und-prekarisierung/>

DGB-Jugend Bayern am 22. Mai 2025: Wir lehnen die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste entschieden ab!

Auf der 22. Bezirksjugendkonferenz am 22. Mai 2025 wurde ein Beschluss gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht getroffen. Die DGB-Jugend Bayern informiert:

„Gesellschaftliches Engagement kann nicht durch Zwang erzeugt werden, sondern nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Wir betonen die Bedeutung von Freiwilligkeit und Selbstbestimmung“

Quelle: https://www.instagram.com/dgbjugendbayern/p/DLPi_C2o5hD/

EVG-Jugend Baden-Württemberg am 9. Mai 2025: Ausbildung statt Aufrüstung!

"Zunehmende Angriffe von Politik und Arbeitgeberseite auf unser Streikrecht lassen wir uns nicht gefallen. Wir werden heute mehr denn je für die guten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Zukunft kämpfen. Her mit der Arbeitszeitverkürzung! Dafür streiten und kämpfen wir.

Eine Ausweitung der Arbeitszeit hat auch für junge Menschen gesundheitliche Folgen. Das schöne Leben gibt's nur mit mehr Freizeit.

Als junge Gewerkschafter*innen stellen wir uns gegen die Militarisierung unserer Gesellschaft. Immer mehr Geld für Waffen kann nicht das Ziel sein. Unsere Gesellschaft der Zukunft hat echte Investitionen in Bildung, Gesundheit, Klima und Soziales dringend nötig. Wir wollen eine friedliche und verlässliche Zukunft und nehmen die Lehren aus der Vergangenheit ernst.

Die EVG-Jugend Baden-Württemberg fordert daher:

- Genug Geld für Bildung, Gesundheit und Soziales! Neben Investitionen in die Infrastruktur braucht es mehr Geld und verbindliche Zusagen für die öffentliche Daseinsvorsorge und unsere dort beschäftigten Kolleg*innen.
- Schluss mit der Militarisierung! Keine Wehrpflicht, keine Aufrüstungsspirale, keine Kriegseinsätze! Krieg als Mittel der Politik lehnen wir grundsätzlich ab.
- Gute Ausbildungsplätze für alle! Wir, die Fachkräfte von morgen, lassen uns nicht als billige Arbeitskräfte ausbeuten – wir fordern gute Ausbildungsbedingungen und eine echte Perspektive!

Die EVG-Jugend Baden-Württemberg fordert nicht weniger als eine lebenswerte Zukunft. Wir machen uns stark für Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze! Wir stehen ein für eine Zukunft, in der wir eine gute Ausbildung und sichere Arbeitsplätze haben, statt in Kriegen verheizt zu werden. Zeigt eure Solidarität und kämpft mit uns für eine gerechte und friedliche Welt!"

Quelle: <https://www.evg-online.org/meldungen/details/news/ausbildung-statt-aufruestung-12664/>

GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Keine Einführung eines neuen Wehrdienstes!

Beschluss des Gewerkschaftstag „Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“ der GEW Hamburg vom 7. Mai 2025 heißt es unter Punkt 2 „Keine Einführung eines neuen Wehrdienstes“:

„Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht würde für Jugendliche bedeuten, dass sie gezwungen werden, ihre individuelle Lebensgestaltung einzuschränken, um Befehle zu befolgen und zu lernen, auf andere Menschen zu schießen und sie zu töten. Auch Ersatzdienste zur Wehrpflicht führen zu einer Einschränkung der Selbstbestimmung Jugendlicher bei geringer Vergütung. Sie wirken objektiv lohndrückend und stehen gewerkschaftlichen Interessen entgegen. Dabei können sie die strukturelle Unterbesetzung mit ausgebildeten Fachkräften im sozialen und Gesundheitsbereich nicht lösen. Die GEW Hamburg lehnt die Wehrpflicht ab – ebenso die Einführung anderer Zwangsdienste.“

Quelle: GEW-Peacenet

Nein zu Aufrüstung und „Sondervermögen“!

GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: Kein Freifahrtschein für die Aufrüstung – Stattdessen Investitionen in die Bildung

„Im März 2025 haben Bundestag und Bundesrat die Artikel 109, 115 und 143h im Grundgesetz und damit wesentliche Punkte der Finanzverfassung novelliert. Die GEW Berlin lehnt den Teil der Grundgesetzänderung ab, der dem Bund die Möglichkeit einräumt, die Verteidigungsausgaben, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten, ohne Begrenzung durch Kredite zu finanzieren.

Die damit angestrebte Aufrüstung wird eine Rüstungsspirale auslösen und zu einer massiven Verschwendung von Ressourcen und hohen Schuldenlasten in der nahen Zukunft führen. Ein weiteres Aufrüsten wird die bestehenden Kriege und Konflikte nicht lösen, sondern noch verschärfen und gleichzeitig zu erheblichen Umweltschäden führen.

Erforderlich sind diplomatische Schritte, um einen neuen Rüstungswettlauf zu verhindern und die bestehenden Kriege zu beenden.

Als inhaltlichen Schritte in die richtige Richtung begrüßt die GEW Berlin das im März im Grundgesetz verankerte „Sondervermögen“ Infrastruktur. Wir fordern eine ausschließlich zivile, nicht-militärische Nutzung dieses „Sondervermögens“ Infrastruktur und begrüßen die Möglichkeit, dass nun auch die Bundesländer wie der Bund einen gemeinsamen Verschuldungsspielraum von 0,35 % erhalten haben. Die GEW Berlin kritisiert, dass dieses „Sondervermögen“ für Infrastruktur zu gering ausfällt, um den Investitionsstau in Schulen, Hochschulen und Kitas abzubauen.“

Quelle: Beschluss der Landesdelegiertenversammlung der GEW Berlin am 8./9. Juli 2025

DGB Köln am 7. Juli 2025: Für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend

Dieser von der IG Metall Köln-Leverkusen eingebrachte Initiativantrag wurde am 7. Juli 2025 von der Delegiertenversammlung des DGB-Stadtverbands Köln angenommen:

„Angesichts der bedrohlichen Eskalation der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten sowie der zahlreichen kriegesischen Konflikte in Afrika und zwischen den Atom-mächten Pakistan und Indien fordert die Delegiertenversammlung den DGB-Stadtverband Köln und seine Mitgliedsgewerkschaften auf:

1. Aufklärungsaktionen und -veranstaltungen zu organisieren, die über die Bedrohung des Friedens, der Sicherheit und des planetarischen Lebens durch die gigantische Anhäufung von atomaren und konventionellen Waffen mit ungeheuer gesteigertem Zerstörungspotenzial informieren. Dafür soll insbesondere auch der 1. September als Antikriegstag genutzt werden.

2. Der DGB-Stadtverband und seine Gewerkschaften werden aufgefordert, der Legende entgegenzutreten, eine Aufrüstungsspirale führe zu mehr Sicherheit für die Menschen. Die immer größere Zerstörungskraft der Waffensysteme, ihre immer größeren Reichweiten und extrem schnellen Flugzeiten sowie ihre immer weitere Verbreitung in vielen Ländern des Globus erhöhen technologisch schon jetzt die Risiken einer für alle Menschen lebensbedrohlichen Zerstörung sowie von zufällig ausgelösten Atomkriegen. Erforderlich ist deshalb eine grundlegende gesellschaftliche Debatte über die Aufrüstungslogik und ihre Folgen. Dies gilt aktuell für die Stationierung weitreichender, hyperschneller US-Raketensysteme in Deutschland, die unser Land zum Angriffsziel der ersten Stunde machen würden. In diese gesellschaftliche Debatte sind auch die positiven gewerkschaftlichen Ziele für eine humane, demokratische und friedliche Welt einzubringen. Diese werden durch eine weltweite Aufrüstungsspirale und deren ökonomische, soziale und gesellschaftliche Folgen extrem gefährdet.

3. Der DGB-Stadtverband Köln und seine Mitgliedsgewerkschaften engagieren sich gegen eine Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens. Weder in den internationalen Beziehungen noch in unserer Zivilgesellschaft darf das Recht des Stärkeren über dem Völkerrecht und den allgemeinen Menschenrechten stehen.

4. Der DGB-Stadtverband Köln und seine Mitgliedsgewerkschaften werden aufgefordert, sich auf allen gewerkschaftlichen Ebenen für Initiativen einzusetzen, die sich für den Erhalt noch vorhandener und vor allem für den Aufbau einer neuen globalen Abrüstungs-, Atomwaffenkontroll- und Sicherheitsarchitektur einsetzen. (...)

6. Der DGB-Stadtverband Köln, der 2017 die Initiative „#No2Percent“ ins Leben gerufen hat, lehnt eine Aufrüstungspolitik ab, die sich an irrationalen finanziellen Kennziffern wie den NATO-Beschlüssen zur Steigerung der Rüstungsausgaben auf 3,5 % bzw. 5 % des BSP orientiert. Die Ausgaben für die Verbesserung der militärischen und zivilen Verteidigungsfähigkeit dürfen sich allein am Auftrag der Bundeswehr zur nationalen Verteidigung orientieren. Sie dürfen nicht der Vorbereitung von

Angriffskriegen gemäß Artikel 26 des Grundgesetzes dienen: ‚Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Leben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.‘

7. Der DGB-Stadtverband Köln setzt sich dafür ein, dass sich jegliche Rüstung allein an der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes orientiert und nicht von Lobbyisten der internationalen Rüstungsindustrie bestimmt wird. Ziele, Umfang und Organisation der Rüstungsausgaben, insbesondere die Beschaffungspolitik der Bundeswehr und die Preispolitik der Rüstungsunternehmen, müssen Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte sein und dem Primat der Politik unterliegen. Übergewinne in der Rüstungswirtschaft sind mit einer Übergewinnsteuer zu belegen.“

Quelle: GEW-Peacenet

Bez.-Frauenkonferenz DGB Baden-Württemberg 28. Juni 2025: Für sozial-ökologisches Milliardeninvestitionsprogramm statt Hochrüstung und Kriegswirtschaft

Der DGB setzt sich für ein sozial-ökologisches Milliardenprogramm in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz sowie den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Weiterhin sind wir gegen die Lockerung/Aussetzung der Schuldenbremse zugunsten Aufrüstung und Krieg. Auch ein Sondervermögen zugunsten der Bundeswehr lehnen wir ab.

Quelle: https://bw.dgb.de/dgb-bw-fileadmin/dateien/Dokumente/Beschluss/2025-06-28_Beschlussbuch_23_DGB_Bezirksfrauenkonferenz_BW.pdf (S. 25)

Bezirksfrauenkonferenz DGB Baden-Württemberg am 28. Juni 2025: Verteidigungsausgaben nicht erhöhen

Wir kritisieren die Entscheidung der NATO-Mitgliedsländer sowie die Zustimmung der Bundesregierung, mit der die Verteidigungsausgaben zukünftig mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts verknüpft und auf 5 Prozent dieses Wertes erhöht werden. Der DGB wird aufgefordert, diese Kritik bei der Bundesregierung vorzutragen und zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen diese Entscheidung aufzurufen.

Quelle: https://bw.dgb.de/dgb-bw-fileadmin/dateien/Dokumente/Beschluss/2025-06-28_Beschlussbuch_23_DGB_Bezirksfrauenkonferenz_BW.pdf (S. 36)

Auszüge aus der Pressemitteilung des ver.di-Bundesvorstands vom 25. Juni 2025: ver.di kritisiert NATO-Entscheidung zu Verteidigungsausgaben: Verknüpfung mit fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht akzeptabel

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) kritisiert die Entscheidung der NATO-Mitgliedsstaaten, mit der die Verteidigungsausgaben zukünftig mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verknüpft und auf fünf Prozent dieses Wertes erhöht wird: „*Es ist in keiner Weise akzeptabel, dass sich die neue Bundesregierung gemeinsam mit der Mehrheit der NATO-Staaten der Forderung von Donald*

Trump unterwirft. Noch weniger verständlich ist, dass die Bundesregierung auf Grundlage der aktuellen Einigung über den neuen Bundeshaushalt dieses Ziel sogar noch vorzeitig erreichen will“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke am Mittwoch in Berlin.

Der Einigung zufolge sollen bis spätestens zum Jahr 2035 3,5 Prozent der jeweiligen Nationalhaushalte für klassische Militärausgaben reserviert, weitere 1,5 Prozent für militärisch nutzbare Infrastruktur und Terrorbekämpfung eingesetzt werden. Bezogen auf den deutschen Bundeshaushalt von 2024 entsprächen fünf Prozent einem Gesamtaufwand von 215 Mrd. Euro – jährlich! *„Das ist eine Summe, die nicht aus dieser Welt ist, auch wenn sie in wesentlichen Teilen über Schulden und nicht durch Steuereinnahmen finanziert wird“,* betonte Werneke. Irgendwann müssten diese Kredite getilgt werden. Die Schuldentragfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland müsse in erster Linie für Infrastrukturinvestitionen genutzt werden. (...)“

Q: <https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++502cfe7c-51bf-11f0-b139-b90f8de11223>

DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Keine Aufrüstung

„[Die Bezirksjugendkonferenz möge beschließen,] dass sich die DGB Jugend Hessen Thüringen auf allen Ebenen generell, aber im Besonderen gegen die aktuellen Aufrüstungspläne in Deutschland [1] als auch in Europa [2] stellt. Stattdessen setzen wir uns zusammen mit den Beschäftigten für eine Umwandlung der Rüstungsindustrie, bei Erhalt aller Arbeitsplätze, in eine zivile Industrie ein.“

[1] <https://www.tagesschau.de/inland/schwarz-rotes-finanzpaket-einigung-gruene-100.html>

[2] <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-milliarden-plan-aufruestung-100.html>

GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit

Auszug aus dem Beschluss des Gewerkschaftstag der GEW Hamburg:

„Nach fast drei Jahren der ‚Zeitenwende‘ in der Politik der Bundesregierung bekräftigen wir als Gewerkschafter:innen unsere Haltung für friedliche Konfliktlösungen und für ein Bildungssystem ohne Einfluss militärischer Interessen. Als Teil der Friedensbewegung und vor dem Hintergrund fehlender 100 Milliarden EUR in der Bildung, stellen wir uns als Lehrer:innen, Erzieher:innen, Pädagog:innen, Student:innen und Wissenschaftler:innen in Bildung und Forschung gegen weitere Aufrüstung und Militarisierung. Die Gefahr einer Eskalation der laufenden Kriege ist real. Diese Entwicklung ist nicht im Interesse der abhängig Beschäftigten, für die unsere Gewerkschaften stehen. Wir brauchen keine Milliardenpakete für Aufrüstung, sondern für Bildung, Gesundheit, Umwelt und Soziales. (...)“

Quelle: GEW-Peacenet

GEW Bayern 20.-22. April 2023: „Für Frieden, Abrüstung u. Völkerverständigung“

Beschluss der Landesvertreter:innenversammlung (LVV) 2023:

„Nach mehr als einem Jahr ‚Zeitenwende‘ in der Politik der Bundesregierung bekräftigen wir als Gewerkschafter*innen unsere Positionen für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. Als Teil der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung und vor dem Hintergrund fehlender 100 Milliarden in der Bildung, stellen wir uns als Lehrer*innen, Erzieher*innen, Pädagog*innen, Student*innen und Wissenschaftler*innen in Bildung und Forschung gegen weitere Aufrüstung und Militarisierung.

Unsere Positionen sind hochaktuell, denn jeder weitere Tag des Angriffskriegs gegen die Ukraine bedeutet für die betroffenen Menschen mehr Leid und Zerstörung. Wir hören von bis zu 1.000 Toten pro Tag auf jeder Seite. Mit jedem Tag wächst die Gefahr der Ausweitung der Kampfhandlungen. Der Welt droht immer mehr ein neuer großer Krieg. Der Schatten eines Atomkrieges liegt über Europa. Militär und Krieg sind maßgebliche Faktoren der Umweltzerstörung und damit die größten Fluchtursachen.

Diese Entwicklung kann nicht im Interesse der abhängig Beschäftigten sein, für die unsere Gewerkschaften stehen. Wir brauchen keine Milliardenpakete für Aufrüstung, sondern für Bildung, Gesundheit, Umwelt und Soziales. Das Wichtigste im Moment ist die Gewalt-Spirale zu stoppen, den Weg zu einem sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu finden.

Wir wissen, dass das erste Opfer in Kriegssituationen die Wahrheit ist. Deshalb brauchen wir in den Bildungseinrichtungen verstärkt politische Bildung und eine aufgeklärte Medienerziehung für den kritischen Umgang mit Kriegspropaganda. Wir stehen weiterhin gegen jede Militarisierung im Bildungsbereich und gegen die Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr. Wir sagen: Unter 18 nie!

Als Bildungsgewerkschaft fordert die GEW Bayern:

- Stärkung der friedenspolitischen Bildung! Mehr Geld für Bildung anstatt für Aufrüstung!
- Zurücknahme des Aufrüstungsprogramms! Frieden schaffen ohne Waffen!
- Für einen sofortigen Waffenstillstand! Die Bundesregierung muss alle Energien auf diplomatische Anstrengungen legen!“

Q:<https://www.gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/fuer-frieden-abruestung-und-voelkerverstaendigung>

Auszüge aus der Erklärung der Jugend-VL Volkswagen Werk Kassel vom 19. Juli 2022: „Gegen den Krieg und Aufrüstung – 100 Milliarden für unsere Interessen!“

„(...) Leider ist in der öffentlichen Debatte häufig der Eindruck entstanden, dass Waffen das einzig richtige Mittel zur Unterstützung der Bevölkerung in der Ukraine seien. Konflikte dieser Art einzig militärisch und nicht diplomatisch lösen zu wollen, führt jedoch in den Abgrund.

Zudem hat der öffentliche, demokratische Diskurs sowohl über Waffenlieferungen, als auch über die Konsequenzen in der und für die Bundesrepublik kaum stattgefunden, obwohl gerade das mehr als nötig war und ist. Denn gerade dazu brauchen wir Analyse und eine breite Debatte.

Umfragen haben gezeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert sind. Bei der Frage nach der Lieferung von schweren Waffen, haben sich 45% dafür und 45% dagegen ausgesprochen (Umfrage infratest dimap für den ARD DeutschlandTrend im April 2022).

Die Gewerkschaftsbewegung war und ist dem Frieden, der Abrüstung und der Völkerverständigung verpflichtet, wie es in § 2 der Satzung der IG Metall unter Aufgaben und Zielen benannt wird.

Auf den letzten Gewerkschaftstag im Oktober 2019 heißt es dazu in der Entschließung 2: *„Als Einheitsgewerkschaft organisiert die IG Metall Menschen, die sich in ihren politischen Positionen und Perspektiven unterscheiden. Dabei eint uns die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung sind. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung für Frieden in der Welt und insbesondere in Europa einsetzen.“*

Wir nehmen diese Ziele ernst, daher lehnen wir Jugendvertrauensleute das am 3. Juni 2022 beschlossene „Sondervermögen Bundeswehr“ ab. 100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr, die Erreichung des sogenannten 2 % BIP-Ziels der NATO und die nukleare Teilhabe Deutschlands sind der falsche Weg. Die 100 Mrd. € die nun in die Rüstungsindustrie fließen, bräuchten wir als Jugend für unsere Interessen!

Schon heute liegt der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik bei rund 50 Mrd. € jährlich. Die Beschlüsse werden auch kein Mehr an Abschreckung bedeuten, denn schon heute übersteigen die Ausgaben der NATO-Mitgliedstaaten (natürlich noch ohne Schweden und Finnland) die Ausgaben Russlands für Militär um ein Vielfaches. Deutschland darf sich nicht mit falschen Entscheidungen auf den Weg einer militaristischen Konfrontation und einer möglichen Hochrüstungsspirale begeben. Was wir jedoch brauchen, sind Strategien für Lösungen am Verhandlungstisch, Deeskalation und neue Initiativen für Abrüstung.

Es kann außerdem nicht sein, dass nun, grundgesetzlich abgesichert, in erheblichem Maße Schulden aufgenommen werden, um Waffen zu kaufen, während seit Jahren aufgrund der Schuldenbremse wichtige Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Sozialstaat, Bildungs- und Gesundheitswesen (trotz Corona-Krise) und den ökologischen Umbau der Wirtschaft unterlassen werden.

(...) Denn wir arbeitenden Menschen werden den Preis für die Aufnahme der 100 Mrd. € Staatsschulden in den nächsten Jahren zahlen müssen. Das können wir nicht hinnehmen. Weiterhin gibt es weltweit drängende Probleme, wie Klimakrise, Pandemien, Armut und eklatante Verteilungsschieflagen. Um dies zu lösen ist gemeinsamer Dialog mit der gesamten Staatengemeinschaft wichtig und nicht mehr Waffen. (...)“

Quelle: https://www.kasseler-friedensforum.de/pdf/Resolution_Antikrieg_Jugendvertrauensleute.pdf

DGB-Bundeskongress 2022: Zeit für einen demokratischen und wirtschaftlichen Aufbruch: Gewerkschaften gestalten Zukunft (Auszug)

„(...) Auf der Ausgabenseite bleibt es dabei, dass wir milliardenschwere zusätzliche Rüstungsausgaben strikt ablehnen. Weil das Geld für weit Wichtigeres gebraucht wird, werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften weiterhin entschlossen dafür eintreten, dass die Bundesregierung von dem NATO-Ziel Abstand nimmt, die Rüstungsausgaben der Bündnispartner auf zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen (...).“

Quelle: <https://bundeskongress.dgb.de/antraege/++co++420d7a56-d067-11ec-8264-001a4a160123>

IGM-Gewerkschaftstag 2019: #No2Percent – Frieden geht anders – klare Positionierung gegen die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2 % des BIP

„Die IG Metall lehnt bewaffnete Interventionen ohne UNO-Mandat ab. Zudem fordert sie alle Abgeordneten des Bundestages auf, sich gegen das 2-Prozent-Ziel für die Rüstungsausgaben zu engagieren. Die IG Metall fordert verstärkte Initiativen für Abrüstung und Rüstungskonversion und unterstützen deshalb die Petition ‚Abrüsten statt Aufrüsten‘.

Die Nato Planung, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP), zu erhöhen, bedeutet für Deutschland nahezu eine Verdoppelung. Das 2-Prozent-Ziel der NATO, das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale. Zwei Prozent BIP für Rüstungsausgaben, das wären weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, für Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine ökologische und soziale Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende und für die Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit.

Deutschland braucht mehr zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen. Hierzu gehören vor allem ein fairer Welt-handel, eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte. Wir lehnen Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische oder autokratische Regime grundsätzlich ab. Deutschland darf nicht länger Staaten und Konfliktparteien mit Waffen versorgen, die Krieg, Gewalt und Unterdrückung als Mittel der Politik verstehen.“

Quelle: https://www.igmetall.de/download/20191018_IGM_Gewerkschaftstag_Beschluesse_24_OGT_d2f8d70513b106cf5d2e219429c9c9bed985fcc6.pdf (Seite 255)

Schluss mit dem Krieg in Palästina!

GEW Berlin am 8./9. Juli 2025: GEW Berlin – konsequent antimilitaristisch

„Die GEW Berlin schließt sich dem Beschluss des Gewerkschaftstages der GEW Hamburg vom 7.5.2025 an. Sie unterstützt die Intention der Petition ‚Für einen

gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!' die von namhaften NGOs wie CARE Deutschland e.V., IPPNW Deutschland, medico international, NRC Flüchtlingshilfe Deutschland, Oxfam Deutschland e.V., pax christi, Deutsche Sektion e.V. und dem Weltfriedensdienst e.V. initiiert wurde.

Die GEW Berlin unterstützt Aktivitäten, die geeignet sind, die Forderungen dieser Petition zu unterstützen.“

Quelle: Beschluss der Landesdelegiertenversammlung der GEW Berlin am 8./9. Juli 2025

DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Frieden im Nahen Osten

„Der schreckliche Krieg im Nahen Osten forderte hunderttausende Tote und es werden trotz Waffenstillstandsabkommen vom 19.01.2025 täglich mehr. Wir müssen erneut eine kriegerische Auseinandersetzung beobachten, die in einen historischen Kontext von über hundert Jahren einzuordnen ist. Für uns als Gewerkschafter*innen ist jeder Mensch unentbehrlich und alles damit verbundene Leid unerträglich. Die Resolution fordert beispielsweise Israel auf, das Völkerrecht einzuhalten und seine Streitkräfte abzuziehen, alle neuen Siedlungsaktivitäten sofort einzustellen, alle Siedler aus dem besetzten Land zu evakuieren und Teile der Trennmauer, die es im besetzten Westjordanland errichtet hat, abzubauen. Was nach der UN-Resolution eine Grundlage wäre, für eine Zweistaatenlösung.“

Zit. nach Bericht: <https://yenihayat.de/jugend-gegen-aufruestung-wehrpflicht-und-prekarisierung/>

DGB-Bundesvorstand am 1. Juli 2025: Die Gewalt in Gaza beenden – jetzt! (Auszüge aus der Resolution)

„(...) Als Folge der israelischen Militäroperation ist die Lage für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen inzwischen katastrophal. Nach über eineinhalb Jahren Krieg gibt es mehrere zehntausend Tote und weit über 100.000 Verletzte, darunter viele Kinder. Die Menschen hungern, medizinische Versorgung ist kaum mehr möglich. Gaza gleicht einer Trümmerwüste. Und Teile der rechtsgerichteten israelischen Regierung streben zusätzlich offen die Vertreibung der Palästinenser*innen aus dem Gazastreifen sowie eine dauerhafte Besetzung und Besiedelung an.

Als Gewerkschafter*innen trauern wir um alle unschuldigen Opfer des Krieges.

Das unfassbare Leid der Zivilbevölkerung in Gaza bewegt viele Menschen weltweit. Es erzeugt verständlicherweise Schmerz, Wut und berechtigte Kritik an der israelischen Regierung. Immer mehr Regierungen benennen das Vorgehen Israels als völkerrechtswidrig.

(...) Kritik am israelischen Regierungshandeln ist nicht gleichzusetzen mit Antisemitismus. Solidarität mit Palästinenser*innen bedeutet für uns keine Unterstützung der Hamas.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen jede Form von Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus, die das Leben von Muslim*innen und Jüdinnen und Juden erschwert. (...)

- Die vollständige Wiederaufnahme der Hilfslieferungen und der Aufbau eines verlässlichen, Chaos und Opfer vermeidenden Verteilsystems in der Verantwortung der UN müssen schnellstmöglich umgesetzt werden. (...)
- Israel hat ein unzweifelhaftes Recht auf eine friedliche Existenz und auf Selbstverteidigung – im Rahmen des Völkerrechts. Das bedeutet auch, dass die israelische Regierung ihre zusätzlich eskalierende Siedlungspolitik und den Siedlungsausbau im Westjordanland und im Golan beenden muss. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen die zunehmende Siedlergewalt im Westjordanland sowie die Zwangsumsiedlung palästinensischer Gemeinden.

(...) Wir lehnen Krieg, Gewalt und alle Formen von Rassismus entschieden ab. Verhandlungslösungen müssen stets Vorrang vor militärischen Konflikten haben.“

Die vollständige Erklärung: <https://www.dgb.de/aktuelles/news/die-gewalt-in-gaza-beenden-jetzt/>

DGB-Jugend Hessen-Thüringen am 23./24. Mai 2025: Für Frieden im Nahen Osten

„Im Gegensatz zur bisherigen einseitigen Positionierung des DGB im Sinne Israels, beschloss die Konferenz eindeutig klare Positionen für Frieden im Nahen Osten. So, dass die Beschlüsse der Vereinten Nationen und ihrer Organe von der DGB Jugend Hessen-Thüringen anerkannt werden und sich damit beschäftigt werden soll. Angeführt wurden Vorwürfe gegen Israel vom Sonderausschuss der UN, Hunger als Waffe einzusetzen. Die Ablehnung von Rüstungsexporten in Krisenländer wurde erneut bestätigt. Die Sicherheit der Palästinenser und der Israelis habe oberste Priorität.

*Im Antrag heißt es außerdem: „Der schreckliche Krieg im Nahen Osten forderte hunderttausende Tote und es werden trotz Waffenstillstandsabkommen vom 19.01.2025 täglich mehr. Wir müssen erneut eine kriegerische Auseinandersetzung beobachten, die in einen historischen Kontext von über hundert Jahren einzuordnen ist. Für uns als Gewerkschafter*innen ist jeder Mensch unentbehrlich und alles damit verbundene Leid unerträglich. Die Resolution fordert beispielsweise Israel auf, das Völkerrecht einzuhalten und seine Streitkräfte abzuziehen, alle neuen Siedlungsaktivitäten sofort einzustellen, alle Siedler aus dem besetzten Land zu evakuieren und Teile der Trennmauer, die es im besetzten Westjordanland errichtet hat, abzubauen. Was nach der UN-Resolution eine Grundlage wäre, für eine Zweistaatenlösung.“*

Aus dem Bericht auf: <https://yenihayat.de/jugend-gegen-aufruestung-wehrpflicht-und-prekarisierung/>

GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Unterstützung der Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“

Beschluss des Gewerkschaftstag der GEW Hamburg vom 7. Mai 2025:

1. Die GEW Hamburg unterstützt aktiv die Petition „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“ (Text siehe unten), die von namhaften NGOs wie CARE Deutschland e.V., IPPNW Deutschland, medico

international, NRC Flüchtlingshilfe Deutschland, Oxfam Deutschland e.V., pax christi, Deutsche Sektion e.V. und dem Weltfriedensdienst e.V. initiiert wurde.

2. Die GEW Hamburg initiiert und unterstützt öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen, die auf die Durchsetzung der in der Petition formulierten Ziele gerichtet sind.

Text der Petition:

„Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“

Wir fordern von der Bundesregierung:

1. *sich entschiedener für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und den Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern;*
2. *alle Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern zu verweigern, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden;*
3. *von Israel mit deutlich mehr Druck die sofortige Beendigung der völkerrechtswidrigen Blockade und den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe einzufordern;*
4. *wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit der völkerrechtswidrige Siedlungsbau durch Israel sowie Gewaltakte von Siedler:innen beendet werden;*
5. *im Sinne des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024 die schnellstmögliche Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung einzufordern;*
6. *die internationale Gerichtsbarkeit und die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen aktiv zu unterstützen;*
7. *sich für die Freilassung aller Geiseln und unrechtmäßig Festgehaltenen einzusetzen;*
8. *das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen und die Kriminalisierung von grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Palästina/Israel zu beenden.“*

Quelle: GEW-Peacenet

Auszüge aus der Erklärung des GEW-Hauptvorstand am 17. Juli 2024: GEW unterstützt Forderung nach Waffenstillstand

„(...) Mit großer Besorgnis blicken wir auf den Krieg im Gaza-Streifen mit zehntausenden Toten und Verletzten in der palästinensischen Zivilbevölkerung. Die Hamas benutzt die Zivilbevölkerung in Gaza als menschliche Schutzschilde und begeht damit schwere Kriegsverbrechen. Die israelische Regierung muss ihrer Verantwortung umgehend nachkommen, die Zivilbevölkerung in Gaza zu schützen, deren Versorgung sicherzustellen und die bestehende humanitäre Katastrophe zu beenden. Menschen, die ohne ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren festgehalten werden, müssen freigelassen werden.

Zudem besteht weiterhin die Gefahr einer Ausweitung und Eskalation des Kriegs in der Region. Die GEW unterstützt die Forderung ihres globalen Dachverbands Education International nach einem umgehenden und dauerhaften Waffenstillstand sowie einem sofortigen Zugang zu humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza. Zur humanitären Unterstützung von Lehrkräften und Schüler*innen hat Education International in Zusammenarbeit mit den palästinensischen Bildungsgewerkschaften einen Hilfsfonds eingerichtet, an dem sich die GEW beteiligt hat.

Die Situation im Westjordanland bleibt ebenfalls angespannt. Die Ankündigung der

israelischen Regierung, weitere Siedlungen im Westjordanland anzuerkennen ist mit dem Völkerrecht nicht vereinbar. Sie wird zudem eine Zweistaatenlösung weiter erschweren, für die es diplomatische Initiativen braucht und die eine Perspektive dafür bietet, dass die Menschen in Israel und Palästina in Sicherheit leben können. (...)“

Quelle: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/gew-unterstuetzt-forderung-nach-waffenstillstand>

Resolution des Fachbereichs C des ver.di-OV Nürnberg am 27. November 2023: Solidarität mit den Beschäftigten im Gesundheitsbereich in Gaza

Wir begrüßen den Waffenstillstand im Nahen Osten und die Möglichkeit der Lieferung von dringend notwendigen Hilfsmitteln für die seit 7 Wochen unter Dauerbeschuss stehende Bevölkerung im Gaza-Streifen.

Durch die Blockade von Wasser, Treibstoff und Strom leiden die Menschen im Gaza-Streifen mittlerweile nicht nur an Mangelernährung, sondern es mehren sich auch die Anzeichen von sich ausbreitenden Magen-Darminfektionen. Die Blockade wird immer tödlicher. Nahrungsmittel, Wasser und Medizinprodukte gehen aus.

Wir verurteilen die Taten der Hamas. Diese rechtfertigen jedoch keine Kollektivstrafe für die Menschen in Gaza.

Wir schicken solidarische Grüße an das medizinische Fachpersonal in Gaza. Krankenhäuser, Krankenwagen, PatientInnen und medizinisches Personal dürfen nicht erneut zu militärischen Zielen werden.

Die 7 Wochen Bombardierung fordern besonders dem medizinischen Personal dort einen hohen physischen und emotionalen Preis ab. Unablässig und unerschütterlich arbeiten sie unter desaströsen Bedingungen: teilweise ohne Anästhesie, fehlenden wichtigen Medikamenten, mit Stromausfällen. Sie arbeiten bis zur Erschöpfung für ihre PatientInnen in Krankenhäusern, die zum Teil auch noch von der israelischen Armee gestürmt werden.

Wir fordern deshalb:

- Einen dauerhaften Waffenstillstand von beiden Seiten und Aufnahme zur Verhandlung für die Freilassung der Geiseln, sowie für gleiche Rechte aller Menschen in Gaza, Israel und Westjordanland.
- Medizinische Hilfe, Nahrung und Treibstoff müssen den Menschen und Krankenhäusern im Gaza Streifen unbegrenzt zur Verfügung gestellt werden.
- Möglichkeit für Patient*Innen, in sicheren Gebieten außerhalb von Gaza medizinische Hilfe zu bekommen, da ein Großteil der Krankenhäuser dort nicht mehr funktionsfähig ist.
- Keine Waffenlieferungen an Israel!

Wir sind der Überzeugung, dass es nur durch einen gerechten Frieden und gleichen Rechten für alle seien es Israelis oder Palästinenser*Innen zu einem dauerhaft sicheren Leben für alle dort kommen kann.“

Quelle: Tatjana Sambale (Nürnberg)

Gegen die Stationierung von US-Raketen in Deutschland

Verschiedene Unterstützungsbeschlüsse für „Berliner Appell“

ver.di-LB-Frauenrat und LBV Baden-Württemberg haben sich gegen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen ausgesprochen und den BuVo aufgerufen, sich hörbar und öffentlich gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen auszusprechen.

Aktuell haben über 75.000 Menschen den am 3. Oktober 2024 veröffentlichten „Berliner Appell“ gegen die geplante Stationierung von US-Angriffswaffen in Deutschland unterschrieben. Zu den gewerkschaftlichen Gliederungen, die u.W.n. den „Berliner Appell“ unterstützen, gehören u.a.:

- DGB-Kreisvorstand Frankfurt am Main
- GEW-Kreisverband Frankfurt
- GEW-Landesverbände Bayern, Berlin und Hamburg
- IGM-Delegiertenversammlung Mainz
- Ver.di-Fachgruppenvorstand öffentlicher Dienst Hamburg
- Ver.di-Ortsvereine Neumünster und Südpfalz
- Ver.di-Landesmigrationsausschuss NRW
- Ver.di-Landesbezirksseniorenbeirat NRW
- Ver.di-Seniorenvorstand im Ortsverein Dortmund
- Trägerkreis „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“

Berliner Appell: Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden.

Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.

Hier unterstützen: www.nie-wieder-krieg.org

Bezirksfrauenkonferenz DGB Baden-Württemberg am 28. Juni 2025: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland

Die DGB-Bezirksfrauenkonferenz lehnt die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, die auch atomar bestückt werden können, ab. Wir fordern den DGB auf, sich eindeutig und öffentlich vernehmbar dagegen auszusprechen.

Quelle: https://bw.dgb.de/dgb-bw-fileadmin/dateien/Dokumente/Beschluss/2025-06-28_Beschlussbuch_23_DGB_Bezirksfrauenkonferenz_BW.pdf (S. 26)

GEW Hamburg am 7. Mai 2025: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen und Hyperschallwaffen in Deutschland

Im Beschluss des Gewerkschaftstag „Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“ der GEW Hamburg vom 7. Mai 2025 heißt es unter Punkt 2:

„Die GEW Hamburg lehnt die ab 2026 geplante Stationierung US-amerikanischer Waffensysteme in Deutschland (SM-6 Raketen, Marschflugkörper Tomahawk und die hypersonische Waffe „Dark Eagle“) ab. Die Begründung der Stationierungspläne, mit diesen Waffensystemen würde der Frieden durch Abschreckung gesichert, überzeugt nicht. Deren Stationierung würde vielmehr ein neues Wettrüsten nuklearfähiger weitreichender Waffen mit extrem kurzer Vorwarnzeit auslösen und die Gefahr eines Atomkrieges erhöhen - zudem würde Deutschland zum wahrscheinlichen Austragungsort eines solchen Krieges.

Die GEW Hamburg fordert die Bundesregierung auf, sich stattdessen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zur Beendigung des Angriffskrieges gegen die Ukraine und für Verhandlungen über Abrüstung und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur in ganz Europa einzusetzen.“

Quelle: GEW-Peacenet

GEW Berlin am 7.11.2024: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

Beschluss der Herbst-Landesdelegiertenversammlung 2024 der GEW Berlin: „Die GEW Berlin bestärkt angesichts der ab 2026 geplanten Stationierung US-amerikanischer Waffensysteme in Deutschland (SM-6 Raketen, Marschflugkörper Tomahawk und die hypersonische Waffe „Dark Eagle“) ihre Forderung nach einer Politik der Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“. Die Begründung der Stationierungspläne, mit diesen Waffensystemen würde der Frieden durch Abschreckung gesichert, überzeugt nicht. Deren Stationierung würde vielmehr ein neues Wettrüsten nuklearfähiger weitreichender Waffen mit extrem kurzer Vorwarnzeit auslösen und die Gefahr eines Atomkrieges erhöhen. Die GEW Berlin lehnt deshalb die geplante Stationierung ab und fordert die Bundesregierung auf, sich stattdessen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zur Beendigung des Ukrainekrieges und für Verhandlungen über Abrüstung und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur in ganz Europa einzusetzen.“

Quelle: <https://www.gew-berlin.de/aktuelles-beschluesse/detailseite-beschluesse/keine-stationierung-von-us-mittelstreckenraketen-in-deutschland>

Beschluss des 19. Gewerkschaftstag der IG Metall 2019: Keine Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden

„Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, seinen Einfluss auf die Bundesregierung geltend zu machen und darauf hinzuwirken, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt:

Keine Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden.

Durch Modernisierungsprogramme wie Ortungsschutz, Geschwindigkeit, Reichweite und Zielgenauigkeit steigt die Gefahr des Einsatzes dieser Waffen weiter an, da das Risiko Vorwarnzeit und Ordnung scheinbar sinkt.

Die Ausweitung auf weitere Länder ohne demokratische Entwicklung erhöht diese Gefahr zusätzlich. Ziel muss es sein, die Ächtung aller Atomwaffen ähnlich chemischer und biologischer Waffen weiter voranzutreiben.

Schritte gegen eine erneute Rüstungsspirale können neue multinationale Verträge sein.

Die Kündigung des INF-Vertrages zum Verzicht auf Mittelstreckenraketen durch die USA beantwortete Russland ebenfalls mit der Kündigung.

Die Bundesregierung muss nun alles versuchen, die USA und Russland davon zu überzeugen, dass dieses nicht die richtigen Schritte sind, Vertrauen zu schaffen und in einem nicht nur finanziell ruinösen Fiasko enden kann.

- Der INF Vertrag zwischen USA und der Russischen Föderation zum Verbot nuklear bestückbarer Mittelstreckenraketen muss gerettet werden. Der INF Vertrag muss lediglich um ein erneutes Inspektionsinstrument ergänzt werden, um Verdachtsfälle vor Ort aufklären zu können.
- Die Bundesregierung muss klar und deutlich einer Stationierung von Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden eine Absage erteilen.
- Zugleich muss sich die Bundesregierung auf EU- und NATO-Ebene gegen eine Stationierung dieser Waffensysteme in Europa engagieren.“

Q.: Dokumentation antimilitaristischer Beschlüsse des IGM-Gewerkschaftstags 2019 von Anne Rieger

Grundsätzliche friedenspolitische Beschlüsse

GEW Hamburg am 7. Mai 2025: GEW - konsequent antimilitaristisch

Im Beschluss des Gewerkschaftstag „Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“ der GEW Hamburg vom 7. Mai 2025 heißt es unter Punkt 3:

„Die GEW Hamburg bekräftigt ihre Positionierung gegen die Präsenz der Bundeswehr an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Auch im Jahr 2025 haben

Jugendoffizier:innen nichts in Schulen zu suchen und Rüstungsfirmen nicht an Hochschulen zu forschen. Ein „Bundeswehrförderungsgesetz“ wie in Bayern darf es in Hamburg nicht geben. Laut Schulgesetz ist es zentrale Aufgabe der Schulen, an der Gestaltung einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten. Eine solche Friedenserziehung erfordert auch eine aktive Auseinandersetzung mit Kriegsursachen. Für ein Bildungswesen ohne Bundeswehr und ihre "Wertevermittlung"!

Die GEW wird weiterhin auf antimilitaristischen Aktionen Präsenz zeigen und sichert Bündnispartner:innen in diesem Bereich ihre Unterstützung zu.“

Quelle: GEW-Peacenet

ver.di-Bundeskongress 17.-22.09.2023: Auszüge aus dem Beschluss „Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“

Im ausführlichen Beschluss zum Antrag E 084 des Gewerkschaftsrats spricht sich ein Absatz explizit gegen die „Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und der NATO“ aus: „Das betrifft zum einen die Entwicklung neuartiger Waffen und Waffensysteme und der Verwendung neuer Technologien, wie ‚Künstlicher Intelligenz‘. Weder dürfen öffentliche Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf die eine oder andere Weise, etwa durch strukturelle Unterfinanzierung, dazu gedrängt werden, entsprechende Forschung durchzuführen (und Zivilklauseln faktisch auszuhebeln), noch dürfen autonome Waffensysteme entwickelt oder durch die Bundeswehr eingesetzt werden. ver.di fordert die Bundesregierung auf, sich für die weltweite Ächtung autonomer Waffen einzusetzen. Zum anderen betrifft das die mit der Anschaffung amerikanischer F35-Kampffjets bereits eingeleitete Modernisierung der ‚nuklearen Teilhabe‘ Deutschlands, die von ver.di abgelehnt wird. Die zerstörerischen Folgen eines Einsatzes von Nuklearwaffen sind kaum berechenbar, die Auswirkungen auf Menschen und andere Lebewesen hinsichtlich der Betroffenheit in räumlicher und zeitlicher Hinsicht schwer einzugrenzen. Auch hier sollte sich die Bundesregierung wie auch bezüglich anderer biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen für eine weltweite Ächtung einsetzen und darauf hinarbeiten, dass weitere Staaten dem Atomwaffensperrvertrag beitreten und selbst den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.“

Danach geht der Beschlusstext auf die Blockkonfrontation und den Sicherheitsbegriff ein: „Mit Sorge sieht ver.di die Fortdauer der viel zu vielen anderen Kriege und gewaltsamen Konflikte in der Welt. Diese sind angesichts des Krieges in der Ukraine teilweise weiter aus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt oder werden gar im Schatten dieses Krieges intensiviert. Die Menschen auch in Konfliktregionen wie Äthiopien, dem Jemen, Sudan, Iran und Syrien haben ein Recht auf Wahrung ihrer körperlichen Unversehrtheit, ihrer Menschenrechte und ihrer Freiheit, auf ein Leben frei von Armut und Not, ein Recht auf gute Arbeit und auf Zukunftsperspektiven. Die internationale Staatengemeinschaft darf diese Menschen nicht vergessen und muss

die Bemühungen um friedliche Beilegungen dieser Konflikte verstärken.

Besonders besorgniserregend ist, dass nicht nur laufende Kriege und Konflikte in den letzten Jahren nicht oder kaum weniger geworden sind, sondern dass auch geopolitische Spannungen zwischen Weltregionen zugenommen haben und eine Rückkehr des Denkens in Machtblöcken zu beobachten ist. Solche Denkweisen und daran ausgerichtetes Handeln von Regierungen in den internationalen Beziehungen bedeuten einen gefährlichen Rückschritt in Richtung vermehrter Konfrontation. Die Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich jedoch nur gemeinsam, mit intensiverer Kooperation bewältigen. Es braucht daher dringend intensiver Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung.

ver.di wirbt im DGB für einen erweiterten, umfassenden Sicherheitsbegriff, der nicht nur auf militärische Sicherheit beschränkt ist, sondern auch soziale Sicherheit, Gesundheit (Stichwort Pandemien), Versorgungssicherheit, eine faire Globalisierung, ökologische Nachhaltigkeit, Klimaresilienz und nicht zuletzt Geschlechtergerechtigkeit umfasst. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels zeigen auf die eine oder andere Weise, dass auf einem begrenzten Planeten mit Milliarden Menschen, die auf vielfältige Weise voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind, letztlich niemand sicher ist, bevor es nicht alle sind. Erst wenn eine solch umfassende Sicherheit für alle Menschen realisiert ist, werden wir von einer gerechten und dauerhaft friedlichen Weltordnung sprechen können. Eine Aufgabe für Generationen, an deren Mitwirkung sich ver.di hier und jetzt im Rahmen der deutschen wie der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung wie auch der Friedensbewegung verpflichtet sieht. Diese Perspektive einer umfassenden Sicherheit für alle Erdenbürger*innen zu verfolgen, muss aus Sicht von ver.di oberstes Ziel der internationalen Staatengemeinschaft sein, das in ihren höchsten Institutionen wie den Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen verfolgt werden muss.“

Quelle: <https://www.verdi.de/++file++6745bf9fa23ea1dbf7da0908/download/Beschlussbrochu%CC%88re%202023.pdf> (Seite 444 f.)

ver.di-Bundeskongress 17.-22.09.2023: Kriegsmonumente in NachDenkMale oder Friedensdenkmale wandeln“

1. ver.di setzt sich auf allen Ebenen aktiv dafür ein, dass Kriegsmonumente des Ersten und Zweiten Weltkrieges kritisch hinterfragt und eine öffentliche Auseinandersetzung damit stattfindet
2. ver.di unterstützt unter anderem bestehende Initiativen, die dieses Ziel verfolgen.
3. Ausstellung wie DenkMalKrieg – DenkMalFrieden des ver.di-Kulturforums Bayern sollen an Orten gezeigt werden, wo es kriegsverherrlichende Kriegsmonumente gibt.

Quelle: ebenda (Seite 451.)

IGM-Gewerkschaftstag 2019: Für eine verantwortungsvolle Friedenspolitik

„Als Einheitsgewerkschaft organisiert die IG Metall Menschen, die sich in ihren politischen Positionen und Perspektiven unterscheiden. Dabei eint uns die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung sind. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung für Frieden in der Welt und insbesondere in Europa einsetzen. Militärische Interventionen können nur dann als legitim erachtet werden, wenn sie um entwicklungspolitische Instrumente ergänzt und im Sinne des Ultima-Ratio-Prinzips durch den UN-Sicherheitsrat legitimiert werden. Die IG Metall fordert eine weltweite Waffenhandelskontrolle und befürwortet gemeinsam mit allen europäischen Industriegewerkschaften eine deutlich bessere Abstimmung innerhalb der EU. Exportmöglichkeiten dürfen nicht vor Menschenrechten gehen. Waffenexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben. Die Rüstungsindustrie in Europa wird mittelfristig konsolidiert. Das darf nicht auf den Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Sie haben ein Recht auf Planungssicherheit. Politik und Unternehmen sind gefordert, alternative Projekte und die Erschließung ziviler Märkte voranzutreiben.“

Quelle: https://www.igmetall.de/download/20191018_IGM_Gewerkschaftstag_Beschlusse_24_OGT_d2f8d70513b106cf5d2e219429c9c9bed985fcc6.pdf (Seite 59 f.)

IGM-Gewerkschaftstag 2019: Gegen Waffenexporte in Krisenregionen

„Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, seinen Einfluss auf die Bundesregierung geltend zu machen und darauf hinzuwirken, dass sich die Bundesregierung für folgende Maßnahmen einsetzt:

- für Abrüstung statt Aufrüstung, Kürzung des Militäretats
- für Solidarität mit den Geflüchteten
- Fluchtursachen, auch Hunger, beseitigen
- gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr ohne Mandatierung durch den UN-Sicherheitsrat und gegen Bundeswehreinätze im Innern, mit Ausnahme der Hilfeleistung für die Bevölkerung bei Naturkatastrophen und großen Unglücksfällen
- gegen Rüstungsexporte, in Krisenregionen, an kriegführende Staaten und diktatorische wie autokratische Regime
- Verbot der Lizenzvergabe und der Verlagerung von Rüstungsfirmen ins Ausland
- Reduzierung der Produktion von Kriegswaffen
- für sozialverträgliche Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Produktion ziviler Güter
- für die Einhaltung des Völkerrechts
- keine Beteiligung an Angriffskriegen
- für Frieden in Europa - keinen Konfrontationskurs mit Russland

- für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Frieden statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg

Deutsche Rüstungskonzerne verdienen Milliarden mit Waffenexporten in Krisenregionen. Innerhalb der Bundesregierung gibt es Bestrebungen, die Richtlinien für Waffenexporte aufzuweichen. Anstatt diese Richtlinie aufzuweichen, ist es erforderlich, Projekte der Rüstungskonversion mit einem Konversionsfonds zu unterstützen. Des Weiteren sind die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Konversionsprojekten so zu stärken, dass sie auf die Produktion zur Umsetzung der Projekte gestaltend Einfluss nehmen können.

Eine von Saudi-Arabien geführte Koalition mordet im Jemen, auch mit deutschen Waffen. Dort sind inzwischen drei von vier Menschen auf Hilfslieferungen angewiesen, Millionen sind vom Hungertod bedroht. Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung werden mit Füßen getreten. Kriege verursachen Armut und Flucht.“

Quelle: https://www.igmetall.de/download/20191018_IGM_Gewerkschaftstag_Beschluesse_24_OGT_d2f8d70513b106cf5d2e219429c9c9bed985fcc6.pdf (Seite 260 f.)

IGM-Gewerkschaftstag 2019: Keine Ausrüstung der Bundeswehr mit Drohnen, die bewaffnet werden können

„(...) Keine Ausrüstung der Bundeswehr mit Drohnen, die bewaffnet werden können, und weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme. (...)“

Sie können aus großer Entfernung töten und senken die politische und persönliche Hemmschwelle zum Einsatz erheblich. Sie werden von vielen Menschen ähnlich eines Computerspieles wahrgenommen.

Bei Drohnen, die bewaffnet werden können, handelt es sich um das Drehen an einer neuen Rüstungsspirale zur unbemannten Kriegsführung durch Robotertechnologien. Der Einsatz dieser Drohnen zur Kriegsführung zum Töten per Mausklick ist auch Völkerrechtlich umstritten. Forschungen befassen sich damit, die Drohnen mit Künstlicher Intelligenz (KI) aus- bzw. nachzurüsten.

Das bedeutet, dass diese Drohnen dann „vor Ort“ die Entscheidung zum Töten alleine treffen können (autonome Waffensysteme).

Dieser Entwicklung sowie der Stationierung von Drohnen, die bewaffnet werden können, ist nicht nur aus moralischen und ethischen Gründen von der Bundesregierung Einhalt zu gebieten.“

Quelle: (ebenda, Seite 276)

ver.di-Bundeskongress 2015: Beendigung der Zusammenarbeit des DGB mit dem Bundesverteidigungsministerium und der Bundeswehr

„ver.di wirkt auf den Bundesvorstand des DGB ein, dass dieser sich nicht in die Öffentlichkeitsoffensive der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums einspannen lässt. (...)“

Quelle: <https://www.verdi.de/++file++575ec90a4f5e9255bbd4af03/download/Beschlussbro-schu%CC%88re%20ver.di%202015.pdf> (S. 511)

ver.di-Bundeskongress 2015: Aufklärung des Todes von mindestens 48 Menschen durch ein Attentat auf das Gewerkschaftshaus in Odessa am 2. Mai 2014

„ver.di unterstützt die Bemühungen, die Hintergründe der Tötung von mindestens 48 Menschen am 2. Mai 2014 bei einem Attentat auf das Gewerkschaftshaus in Odessa (Ukraine) aufzuklären.

Insbesondere ruft ver.di dazu auf, das Projekt des Journalisten Ulrich Heyden zur Erstellung einer Dokumentation zu unterstützen.“

Quelle: ebenda (S. 512)

ver.di-Bundeskongress 2015: Für ein friedliches Zusammenleben der Völker und ein klares NEIN zu Gewalt als Mittel der Politik

„Wir stehen für das friedliche Zusammenleben der Völker und lehnen Gewalt als Mittel der Politik ab. Deshalb fordern wir

- eine europäische Sicherheitspolitik, die die Interessen aller Staaten Europa inklusive der Russischen Föderation berücksichtigt.
- die Unterstützung von Verhandlungen für eine friedliche Lösung, die alle Konfliktparteien einbeziehen.
- die Unterlassung der von der EU geplanten Wirtschaftssanktionen und den Ausbau wirtschaftlicher Zusammenarbeit als Garant für eine friedliche Entwicklung (gegenseitige Abhängigkeit schafft Stabilität).
- die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen, die die Interessen der Russischen Föderation und aller Staaten der Region berücksichtigt (zum Beispiel Zusammenarbeit mit der Eurasischen Union).
- die Unterlassung der einseitigen Parteinahme und Schaffung von Feindbildern durch die Medien.“

Quelle: ebenda (S. 514)

Aus Programmen und Satzungen

„Menschenrechte, Frieden und Abrüstung“ im DGB-Grundsatzprogramm (1996)

„Die Postulate der Aufklärung und die Verwirklichung der Menschenrechte sind historischer Hintergrund und aktuelle Verpflichtung der Gewerkschaften: Freiheit und Gleichheit, ein Leben und Arbeiten in Selbstbestimmung und Würde – ohne Unterdrückung, Bedrohung und Not. In vielen Teilen der Welt sind Ausbeutung und Unterdrückung der Menschenrechte nach wie vor an der Tagesordnung. 200 Millionen Kinder arbeiten weltweit als billige Arbeitskräfte, Millionen Menschen werden als Zwangsarbeiter ausgebeutet, Gewerkschaftsrechte werden vielerorts mit Füßen

getreten, etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt in extremer Armut, 700 bis 800 Millionen Menschen sind weltweit ohne Arbeit. Frauen, ethnische Minderheiten und politisch Andersdenkende werden in ihren Menschenrechten oft eklatant verletzt. Die Gewerkschaftsbewegung setzt sich dafür ein, daß die Menschenrechte universelle Geltung gewinnen. Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivilen Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden. Die Vereinten Nationen müssen zur allgemein respektierten Weltorganisation für ein friedliches Zusammenleben der Völker, zur Achtung der Menschenrechte und der humanitären Hilfe weiterentwickelt werden. Die Gewerkschaften treten daher für die demokratische Reform und politische Stärkung der Vereinten Nationen als wichtiger Teil einer an Gerechtigkeit und Interessenausgleich orientierten internationalen Entwicklung ein.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die Auflösung von Warschauer Vertrag und Sowjetunion haben der Blockkonfrontation den Boden entzogen. Die Auflösung der bipolaren Struktur hat neue, historisch einmalige Möglichkeiten für Frieden und Abrüstung eröffnet. Diese optimal zu nutzen, ist Aufgabe der Politik. Rüstungsexporte müssen dauerhaft reduziert, Rüstungsausgaben nachhaltig gesenkt werden. Wichtigstes Ziel muß sein, einen Zustand der gemeinsamen Sicherheit zu schaffen, der Krieg in Europa unmöglich macht. Dies geht über die Reduktion von Waffen und Streitkräften hinaus. Diese gemeinsame Sicherheit ist geeignet, den europäischen Nationen eine friedliche Zukunft zu sichern und den Völkern Osteuropas die begründete Aussicht auf bessere Lebensumstände zu eröffnen.“

Quelle: https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Beschl%C3%BCsse/Grundsatzprogramm_des_Deutschen_Gewerkschaftsbunds_-DGB-.pdf (Kapitel IV.2., S. 28 f.)

Aus der Satzung des DGB (§ 2 Abs. 2 Ziele)

In Artikel § 2 Grundsätze, Ziele und Aufgaben des Bundes heißt es: „Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften (...) treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.“

Quelle: https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Beschl%C3%BCsse/Satzung_des_Deutschen_Gewerkschaftsbundes-_Stand_Mai_2022_.pdf (Seite 6 f.)

Aus der Satzung der IGM (§ 2 Aufgaben und Ziele)

In Artikel § 2 Aufgaben und Ziele der Satzung IG Metall heißt es, sie setzt sich „für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und den Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit ein.“

Quelle: https://www.igmetall.de/download/20231222_IGM_Satzung_2024_232da4272e6e85e92c762acbccd45acb4569dafd.pdf (S. 8)

Aus der Satzung von ver.di (§5 Zweck, Aufgaben und Ziele)

In Artikel § 5 Zweck, Aufgaben und Ziele der ver.di-Satzung heißt es u.a.:

„ver.di tritt in Zusammenarbeit mit den internationalen Gewerkschaftsverbänden für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben, für den Schutz der natürlichen Umwelt und für eine sozial gerechte Weltordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung mit gleichen Entwicklungschancen in allen Regionen der Welt ein.

Zur Erreichung dieser Ziele dienen insbesondere (...) Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von faschistischen, militaristischen und rassistischen Einflüssen“.

Q:https://www.verdi.de/++file++6786632893f3168d0e3cff34/download/ver.di-Satzung_aktuell.pdf (S.6)